

Die Zukunft des Weimarer Dreiecks im europäischen Einigungsprozess

Die Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, sind groß und erfordern eine möglichst große Geschlossenheit der Europäischen Union. Deutschland und Frankreich nehmen dafür seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses eine wichtige Aufgabe wahr. Und sie sind der Motor der EU. Mit ihrer Erweiterung auf nunmehr 28 Mitgliedstaaten ist die EU nicht nur größer, sondern vor allem auch deutlich differenzierter und „östlicher“ geworden. Dieser gewachsenen Interessenvielfalt und den zunehmend differenzierten Sichtweisen innerhalb der EU sollte noch besser Rechnung getragen werden.

Deutschland, Polen und Frankreich können einen maßgeblichen Beitrag leisten, um die in der EU vorhandenen unterschiedlichen Positionen zusammenzuführen und die EU handlungsfähiger zu machen, damit sie geschlossener auftritt und mit einer Stimme spricht.

Dafür könnte und sollte die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks intensiviert werden. Zudem sollte eine besondere Aufgabe für das Weimarer Dreieck sein, in grundlegenden Fragen der europäischen Politik Impulse zu geben. Das sollte vorrangig in folgenden drei Bereichen geschehen:

1. Die Europäische Union muss in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts die internationale Politik mitgestalten und hierfür eine starke eigenständige Rolle wahrnehmen, um ihre Werte und Interessen erfolgreich zu vertreten. Dabei muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Europa nicht mehr in ähnlichem Umfang wie bisher auf die Unterstützung der USA für die Durchsetzung seiner Sicherheitsinteressen bauen kann. Das erfordert, dass die EU in ihrer militärischen Handlungsfähigkeit gestärkt wird und weitere Schritte zur Vertiefung der militärischen Kooperation sowie der Entwicklung

militärischer Fähigkeiten unternommen werden. Dafür stehen Deutschland, Frankreich und Polen weiter in einer besonderen Verantwortung, die dafür wiederholt wichtige Initiativen ergriffen haben.

Heute steht die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU regional wie inhaltlich vor zum Teil neuen und vielfältigen Herausforderungen - Stichworte sind die Umbrüche in der arabischen Welt, in Afrika, Cybersicherheit, Fokussierung der USA auf Asien. Dieses veränderte strategische Umfeld erfordert eine Verständigung über gemeinsame Interessen und insbesondere strategische Prioritäten für die GSVP.

Deutschland, Frankreich und Polen sollten in der EU eine strategische Diskussion über die Frage voran bringen, was die EU mit ihren zivilen und militärischen Missionen erreichen will und auf welche geografischen Herausforderungen sie sich besonders ausrichten sollte. Das aktuelle Krisen- und Konfliktpotenzial im nördlichen Afrika und im Nahen und Mittleren Osten legt nahe, dieses als die für die europäische Sicherheit geographisch nächstliegende Herausforderung zu betrachten. Da Frankreich traditionell stärker auf den Mittelmeerraum und Nordafrika schaut, Polen – und auch Deutschland - aber stärker auf den Osten Europas achten, bedarf es hierfür auch einer Klärung dieser Fragen im Weimarer Dreieck. Eine solche Klärung ist zudem eine Voraussetzung, um in der EU für ein Pooling und Sharing von militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten zu wirklich substanziellen Kooperationen kommen zu können. Zudem sollten die Drei zusammen mit anderen EU-Partnern die im Lissabonner Vertrag vorgesehene Möglichkeit einer Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit aktivieren.

2. Russland ist der größte Nachbar der EU, und die EU hat ein Interesse an einer möglichst engen und tiefen Zusammenarbeit. Jedoch scheint Präsident Putin seit seinem erneuten Amtsantritt der Fehleinschätzung zu unterliegen, dass Russland die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union nicht brauche, obwohl Russland die Europäische Union mehr braucht, als dies umgekehrt der Fall ist.

Die zunehmend repressive Entwicklung in Russland belastet die Beziehungen zwischen der EU und Russland immer mehr; die Bemühungen um ein neues EU-Russland-Abkommen stagnieren; es gibt einen erheblichen Dissens in der Frage, wie die Modernisierungspartnerschaft gestaltet sein sollte, Präsident Putin vermeidet das Wort Modernisierung und spricht nur noch von Re-Industrialisierung; wegen der Nichteinhaltung von WTO-Verpflichtungen war die EU zur Einleitung von Kartellverfahren gegen Russland gezwungen und in außen- und sicherheitspolitischen Fragen gibt es wenig Gemeinsamkeiten.

Das alles erfordert eine Überprüfung der EU-Russland-Politik. Dabei geht es zunächst um die Frage, ob sich die EU-Staaten über die Ziele und Wege für die Zusammenarbeit mit Russland einig sind. Je geschlossener die EU auftritt und je solidarischer sie Versuchen Moskaus begegnet, zwischen einzelnen Mitgliedstaaten zu differenzieren oder sie gar gegeneinander auszuspielen, desto wirksamer wird ihre Russland-Politik sein.

Die EU sollte auch weiterhin das Ziel eines neuen Partnerschaftsabkommens mit Russland, den Ausbau der Ostseezusammenarbeit sowie eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen. Russland ist ein wichtiger Partner bei der Bewältigung regionaler und globaler Herausforderungen, beide Seiten sollten die Regelung von Konflikten in der gemeinsamen Nachbarschaft voran bringen.

Allerdings muss auch weiterhin mit der russischen Führung offen über demokratische und rechtsstaatliche Rückschritte gesprochen und auf eine Klärung der unterschiedlichen Konzepte einer Modernisierungspartnerschaft gedrängt werden. Die EU sollte ihre Kontakte zu Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und Zivilgesellschaft verbreitern, die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit fördern und dafür auf die Änderung des sogenannten russischen NGO-„Agenten“-Gesetzes für zivilgesellschaftliche Akteure drängen.

Polen und Deutschland denken und handeln in den Beziehungen zu Russland inzwischen sehr ähnlich, vor allem auch strategisch. Wenn sich die Weimarer Partner in den Fragen der künftigen Russland-Politik einig sind, dürfte zugleich

auch eine wesentliche Übereinstimmung mit den andern EU-Partnern möglich sein. Das Thema Russland sollte deshalb im Weimarer Dreieck deutlich mehr Bedeutung erhalten.

3. Ein dritter Bereich sind notwendige Änderungen in den EU-Verträgen, um die Europäische Union noch besser auf die Herausforderungen von morgen einzustellen, da sich die gegenwärtig gültigen Regelungen nicht in allen Bereichen als ausreichend erwiesen haben. Das gilt für Fragen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion ebenso wie für institutionelle Reformen zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit und demokratischen Legitimation der EU oder für eine wirkungsvollere Zuordnung von Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten. Deutschland, Frankreich und Polen haben zu diesen Bereichen in der Vergangenheit – zusammen mit einigen anderen EU-Partnern – zukunftsweisende Vorschläge erarbeitet. Daran gilt es anzusetzen und die Überlegungen weiter zu entwickeln. Gerade weil es so schwierig es sein wird, unter 28 Mitgliedstaaten einen Konsens zu erzielen, und das gilt erst Recht, wenn dadurch in EU-Mitgliedstaaten Verfassungsänderungen oder gar Referenden erforderlich werden, ist es desto wichtiger, dass sich Deutschland, Frankreich und Polen in dieser Frage engagieren.

Es gibt weitere Bereiche, die hier nur als Stichworte genannt werden sollen, wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die EU-Nachbarschaftspolitik oder die Energie- und Umweltpolitik, bei denen die vorhandenen Potenziale noch besser ausgeschöpft werden können, um Impulsgeber zu sein, oder bei denen erst einmal eine Klärung unterschiedlicher Positionen unter den Drei erforderlich ist, um zu einer EU-weiten Einigung beizutragen.

Dementsprechend sollte das Weimarer Dreieck künftig schrittweise mehr Führungsaufgaben als bisher wahrnehmen und Polen somit in die deutsch-französische Führungsverantwortung einbezogen werden. Ein echtes Führungstrio wird allerdings erst erreicht werden können, wenn Polen Mitglied der Eurozone ist. Es wird dafür seine Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft in der Währungsunion beschleunigt fortsetzen müssen.

Polen ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie sich ein Land von den Lasten jahrzehntelanger sozialistischer Fehlentwicklungen befreien und zu einem starken, wettbewerbsfähigen Wirtschaftspartner entwickeln kann. Vor allem hat Polen unter der Regierung Tusk wiederholt bewiesen, dass es mit eigenen Initiativen den europäischen Einigungsprozess mit voranbringen und dabei auch Führungsaufgaben wahrnehmen kann.

Als Mitglied eines Führungstrios wird Polen dann auch Verantwortung für einen erfolgreichen Interessenausgleich unter den EU-Mitgliedstaaten übernehmen und dementsprechend die eigene Interessenvertretung darauf ausrichten müssen. Das hätte zur Folge, dass Polen selbst bei solchen Fragen, die für das Land von besonderer nationaler Bedeutung sind, für einen Interessenausgleich in der EU zunächst den Konsens mit den Weimarer Partnern und dann mit den anderen EU-Mitgliedstaaten sucht.

Angesichts der wachsenden Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht, ist es notwendig, dass die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks zu einem wirksamen Gestaltungsfaktor der europäischen Politik weiter entwickelt wird.

Dr. Andreas Schockenhoff MdB ist Mitglied des Bundestages seit 1990; seit 1995 Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe.

Kontakt: andreas.schockenhoff@bundestag.de